

Politik auf den Punkt gebracht

Hermann Färber MdB informiert

Ausgabe 2015/22 - 4. Oktober 2015

Asylreform
Anhörung zum
Pflanzenschutzmittel
Glyphosat
BPA-Fahrt
Tag der
Deutschen Einheit

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

auch diese Woche steht das Thema Asylpolitik ganz oben auf der Liste, die uns im politischen Berlin beschäftigt haben. Ich möchte Sie daher umfangreich über die aktuelle Entwicklung informieren, Ihnen aber auch von anderen Themen berichten.

Asylreform im Bundestag

Am Donnerstag hat der Bundestag sich in erster Lesung mit dem Gesetzespaket zur Asylreform befasst, auf das sich Bund, Länder und Kommunen letzte Woche geeinigt hatten. Es sieht jetzt ganz danach aus, dass wir unser Ziel erreichen, die Änderungen zum 1. November in Kraft treten zu lassen. Damit hätten wir einen ersten Kraftakt erfolgreich bewältigt, aber es liegt sicher noch viel Arbeit vor uns. Zunächst einmal müssen wir die Asylverfahren deutlich beschleunigen, diejenigen ohne Bleiberecht in Deutschland zügig zurückführen, Fehlanreize beseitigen und diejenigen Flüchtlinge, die vermutlich länger bei uns bleiben, schnell in Integrationsmaßnahmen unterbringen.

Für mich als Politiker einer christlichen Partei ist es nach wie vor eine Selbstverständlichkeit, dass jeder in Deutschland das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung hat.

Bundeswehr-Einsatz im Mittelmeer

Ebenfalls am Donnerstag haben wir den Bundeswehr-Einsatz im Mittelmeer im Bundestag gebilligt. Nun kann die Bundeswehr auch gegen Schleuser vorgehen.

Absehbarkeit der steigenden Flüchtlingszahlen

Mir wird oft die Frage gestellt, ob diese steigenden Flüchtlingszahlen nicht absehbar gewesen wären und warum wir nicht schon viel früher reagiert haben. Grundsätzlich war es sicher absehbar, dass sich die Lage in den Flüchtlingslagern rund um Syrien verschlechtert und dass die dort lebenden Menschen die Hoffnung verlieren, nach Syrien zurückkehren zu können und sich auf den Weg dorthin machen, wo sie eine Perspektive für sich und ihre Familien sehen. Wann sich das aber genau zu einer Massenbewegung entwickelt, war nicht planbar. Und auch die deutschen Einwirkungsmöglichkeiten waren begrenzt: Sich schon vor Monaten oder einem Jahr auf diesen massenhaften Zuzug einzurichten, hätte eben auch das bedeutet, was heute schon der Bundesregierung teilweise vorgeworfen wird, nämlich die Flüchtlinge erst anzulocken. Wir müssen uns alle

klarmachen, dass wir in einer globalisierten Welt leben. Und das heißt auch, dass hier in Deutschland nichts öffentlich diskutiert werden kann, ohne dass es auch in Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon und der Türkei zur Kenntnis genommen wird. Ich halte übrigens entsprechende Vorwürfe an die Bundeskanzlerin für völlig überzogen: Die Flüchtlinge waren doch zum Zeitpunkt ihrer Äußerungen schon seit Wochen auf dem Weg. Im Übrigen, auch wenn das in der Berichterstattung nicht immer so deutlich erwähnt wurde, hat die Bundeskanzlerin von Anfang an immer auch gesagt, dass natürlich nicht alle Welt einen Platz in Deutschland finden kann und Menschen ohne Bleibeperspektive auch wieder zurückkehren müssen.

Sicherung der Grenzen

Nun gibt es auch immer wieder die Forderung, die Grenzen zu schließen. Ich bin mir nicht sicher, ob jeder, der das fordert, wirklich weiß, wovon er redet: Wir müssten ja nicht nur die Grenzübergänge dicht machen, sondern auch mehr als 3.000 km grüne Grenze komplett absichern. Eine solche Strategie würde unser weltoffenes Land mindestens genauso sehr verändern, wie es der Zuzug von Flüchtlingen tut. Deshalb halte ich die Strategie der Regierung, auf internationaler Ebene eine Lösung zu finden, erst einmal für aussichtsreicher und dieser Weg sollte auf jeden Fall weiter begangen werden. Dazu sind weitere Verhandlungen innerhalb der EU nötig, aber auch Gespräche mit der Türkei über Grenzsicherung. Ebenso muss eine stärkere Beteiligung etwa der Golf-Staaten an der Unterstützung von Flüchtlingen angemahnt werden.

Sichere Herkunftsländer

Innenpolitisch hätte die CDU gerne früher reagiert, etwa mit der Einstufung von mehr Ländern als sichere Herkunftsländer. Hier fehlte uns aber einfach die politische Mehrheit im Bundesrat. In vielen Bereichen ist Flüchtlingspolitik in Deutschland Ländersache. Das betrifft z.B. auch das Sachleistungsprinzip: Im Asylkompromiss vom September 2014 hatte die Union erreicht, dass einige Balkanländer als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden, wir mussten diesem dringend notwendigen Fortschritt aber mit dem Kompromiss erkaufen, dass Flüchtlinge weniger Sach- und mehr Geldleistungen erhalten konnten. Erst im Licht der Entwicklungen der letzten Wochen waren die rot-grün-regierten Bundesländer hier zu weiteren Änderungen bereit. Und obwohl die Bundesebene den Ländern sehr großzügige Angebote zur Kostenübernahme für die Flüchtlingsunterbringung unterbreitet hat, verliefen die Verhandlungen nicht einfach, das wäre mit einer Bundesrats-Mehrheit für die Union wesentlich einfacher gewesen. Und genau deshalb fehlt mir auch etwas das Verständnis für diejenigen, die die ganz wichtige Landtagswahl in Baden-Württemberg für eine Protestwahl nutzen wollen: Damit würde für eine echte Problemlösung nichts erreicht. Ich halte es für wesentlich erfolgversprechender die Partei zu unterstützen, die auf allen Ebenen für nachhaltige Lösungen der Flüchtlingsproblematik konkret arbeitet und das ist nun mal die CDU.

Konkrete Lösungen statt Polemik

Ich bin immer bereit mich mit konkreten Lösungsvorschlägen der Krise zu beschäftigen. Es ist klar, dass die Zuzugszahlen nicht dauerhaft so hoch sein können, wie im letzten Monat. Das sieht auch in der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag niemand anders. Aber wir müssen das Problem eben beherzt angehen. Nach meiner Ansicht ist ein Land wie Griechenland deshalb in die Katastrophe geraten, weil es vor den Problemen die Augen verschlossen hat.

Das will ich für Deutschland nicht. Deshalb halte ich es für falsch, die Probleme bei der Flüchtlingsfrage klein zu reden. Ich halte es aber für noch falscher, populistischen Parolen Raum zu geben, die eben keine Lösung bringen.

Anhörung zum Pflanzenschutzmittel Glyphosat im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Glyphosat ist ein seit 1975 verwendetes Pflanzenschutzmittel. Es gehört zu den am besten untersuchten Wirkstoffen überhaupt. Derzeit ist der Stoff in der europäischen Überprüfung für die weitere Zulassung. Eine solche Überprüfung findet für jeden Wirkstoff im Pflanzenschutz regelmäßig alle 10 Jahre statt. Das ist Teil unserer strengen Schutzbestimmungen.

BPA-Fahrt nach Berlin



Bild: Deutscher Bundestag, Ursula Rasch

Diese Woche konnte ich rund 50 Teilnehmer aus dem Kreis in Berlin begrüßen. Sie nahmen auf meine Einladung an einer Ausfahrt des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA) teil, um das politische Berlin kennen zu lernen und mich direkt an meinem Arbeitsplatz im Bundestag zu treffen. Neben interessanten Einblicken in den politischen Betrieb, trafen wir uns zu einer Diskussionsrunde. Diese Chance nutzten die Teilnehmer und stellten mir Fragen zu ganz unterschiedlichen Themenkomplexen wie TTIP, Glyphosat, Breitbandausbau und die Flüchtlingsproblematik. Ich freute mich über das große politische Interesse und die rege Diskussion.

Neben dem Besuch des Reichstagsgebäudes und der Landesvertretung Baden-Württemberg stand für die Reisegruppe außerdem ein Besuch des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen sowie des Gebäudes der Wannseekonferenz auf dem abwechslungsreichen Programm, bevor es nach vier ereignisreichen Tagen wieder zurück in die Heimat ging.

Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit

Seit einem Vierteljahrhundert ist die Bundesrepublik Deutschland wiedervereint. Diesen besonderen Anlass feierten wir gestern in Salach. In der Stauferlandhalle fand eine Matinee des Landkreises Göppingen zum Tag der Deutschen Einheit statt. Den Festvortrag hielt Landrat a. D. Franz Weber. Er schilderte die Anfangszeit der Wiedervereinigung aus seiner Perspektive. In seinem kurzweiligen Vortrag erzählte er von den Herausforderungen, denen er sich als damaliger Landrat gegenüber sah, aber auch von den besonderen Momenten, die ihn nachhaltig geprägt haben.

Terminhinweis

Nächsten Samstag, 10. Oktober 2015, findet ab 15 Uhr ein CDU-Kreisparteitag mit Delegiertenwahlen beim TV Holzheim, Friedensstraße 7, 73037 Göppingen-Holzheim, statt. Zu Gast wird der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Thorsten Frei MdB sein, der zum Thema "Eine starke CDU für ein besseres Baden-Württemberg" sprechen wird.

Den kompletten Newsletter finden Sie auch nochmals hier:



Beste Grüße
Ihr Hermann Färber



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülzen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de